

II- 838 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 419/J

1984 -01- 25

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Steinbauer, Dr.Marga Hubinek, Dr.Hafner, Dr.Khol  
und Genossen

an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz  
betreffend Auswirkungen der Belastungspolitik auf die Familien

Seit dem 1. Jänner 1984 sind durch das Belastungspaket der  
sozialistischen Koalitionsregierung Heizen, Wohnen und  
Essen teurer geworden.

Damit setzte die sozialistische Koalitionsregierung die  
Belastungspolitik der sozialistischen Alleinregierung  
dramatisch fort.

Die Verteuerung lebenswichtiger Produkte trifft die Öster-  
reicherinnen und Österreicher, besonders aber die Familien,  
die durch die Politik sozialistischer Regierungen seit  
Jahren diskriminiert werden.

Schon vor Inkrafttreten des Belastungspakets konnten sich  
immer mehr Familien das Wohnen und das Heizen nicht mehr  
leisten.

- o Von Oktober 1982 bis Mai 1983 wurde in 9.323 Wiener Haus-  
halten das Gas und in 9.274 Haushalten der Strom abge-  
schaltet.
- o Mit dem Stichtag 31. Mai 1983 waren in Wien 15.233 Haus-  
halte mit ihrer Miete in Rückstand.
- o 119 Delogierungen wurden vorgenommen und 403 Delo-  
gierungsverfahren sind anhängig.

Durch das Belastungspaket wird die Familie mit durchschnittlichem Einkommen besonders getroffen. Gerade junge Familien müssen einen Großteil ihres Einkommens für Wohnen, Nahrungsmittel und Heizen ausgeben. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer findet aber gerade hier eine massive Verteuerung statt. So wurde die Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel um 25 % und für Energie um 54 % erhöht.

Dazu kommen noch die Sparsbuchsteuer, die Erhöhung der Versicherungssteuer, die höheren Stempelgebühren, die neuen Posttarife und Telefonkosten sowie die Erhöhung der Tarife für Bahn und Straßenbahnfahrten.

Gleichzeitig werden Leistungen für die Familien gekürzt:

- o Die Geburtenbeihilfe wird um 6.000 Schilling, von 19.000 auf 13.000 Schilling herabgesetzt.
- o Die Wohnungsbeihilfe wurde gestrichen.

Anstatt der Familie zu helfen, wird der Familienlastenausgleichsfonds zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet.

So wurden zum Beispiel seit 1978 der Pensionsversicherung aus Familiengeldern 30 Milliarden Schilling zugeschossen. 1984 werden neuerlich 7 Mrd. Schilling zugeschossen.

Auch die Österreichischen Bundesbahnen erhielten für ihr Defizit eine 3/4 Milliarde aus dem Familienfonds.

Selbst Mehreinnahmen des Bundes, die den Familien zustehen, wie die 3,2 Mrd. Schilling, die aus der Erhöhung der Abgeltung für die ehemaligen steuerlichen Kinderabsetzbeträge erwachsen, werden nicht an die Familien weitergegeben. Mit diesen 3,2 Mrd. Schilling könnte man zum Beispiel den österreichischen Familien pro Kind 150 Schilling im Monat mehr Familienbeihilfe geben.

Als dürftigen Ausgleich für das Belastungspaket sollen die Familien mit mehr als 2 Kindern einen einmaligen Zuschuß von 1000 Schilling für das Jahr 1984 erhalten. Bei einer 3-Kinder-Familie sind das pro Kind 90 Groschen täglich. Für das Jahr 1985, in dem das Belastungspaket die Familien genauso treffen wird wie heuer, ist überhaupt kein Zuschuß mehr vorgesehen.

Anstatt etwas für die Familien zu tun, verschwendet die sozialistische Koalitionsregierung das Geld der österreichischen Steuerzahler, zum Beispiel mit der Gründung eines zusätzlichen Familienministeriums. Die Schaffung dieses Ministeriums wird die Steuerzahler zusätzlich 200 Millionen Schilling kosten, die den Familien vorenthalten werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz nachstehende

Dringliche Anfrage:

- 1) Wieviel Schilling beträgt die im Belastungspaket der sozialistischen Koalitionsregierung enthaltene Erhöhung der Mehrwertsteuer pro Jahr für eine Familie mit 2 schulpflichtigen Kindern bei durchschnittlichem Einkommen?
- 2) Wieviel Schilling beträgt pro Jahr für diese österreichische Durchschnittsfamilie insgesamt die Mehrbelastung für das Wohnen (Miete, Strom, Gas, Heizöl, Betriebskosten, Wegfall der Wohnungsbeihilfe etc.) durch das Belastungspaket?

- 3) Wieviel Schilling beträgt pro Jahr für diese österreichische Durchschnittsfamilie die Erhöhung
- der Telefongebühren
  - des Briefportos
  - der Bahntarife
  - der Straßenbahntarife
  - der Autokosten (Kfz-Steuer, Benzin)
  - der Pensionsversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge
- durch das Belastungspaket?
- 4) Was werden Sie tun, um die negativen Auswirkungen des Belastungspakets auf die Familien auszugleichen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.